

Niederschrift

über die 36. Sitzung der Stadtvertretung der Stadt Bad Segeberg
am Dienstag, 11. September 2007, 18.30 Uhr
im Bürgersaal des Rathauses

Anwesend:

- a) Von der Stadtvertretung:
- | | |
|------------------|-------------------------------------|
| Bürgermeister | Bruno Haaks |
| Stadtvertreter / | Ingrid Altner |
| Stadtvertreterin | Hermann Bauer |
| | Friedrich Cochanski |
| | Hans-Joachim Cords |
| | Annelie Eick |
| | Hanno Hagemann |
| | Uwe Jansen |
| | Wolfgang Juhls |
| | Udo Karlins |
| | Brunhilde Kelch |
| | Jens Lichte |
| | Ursula Michalak |
| | Georg Oehrich |
| | Heino Pfeiffer |
| | Norbert Reher |
| | Alexander Richter |
| | Luzian Roth (ab TOP 2.1, 18:43 Uhr) |
| | Dieter Schmidt |
| | Ann-Kathrin Scholz |
| | Monika Soltau |
| | Kirsten Tödt |
| | Wolfgang Ulverich |
| | Thomas Vorbeck |
| | Stephan Weckwerth |
| | Günter Winter |
- entschuldigt Joachim Wilken-Kebeck
- b) von der Verwaltung
- | | |
|-----------------------|---------------------|
| Bürgermeister | Hans-Joachim Hampel |
| Büroleitender Beamter | Dirk Moritz |
| Abteilungsleiter I | Holger Mazuw |
| Abteilungsleiter II | Heino Wulf |
| Abteilungsleiter III | Jens Greßmann |
| Abteilungsleiterin IV | Antje Langethal |
- | | |
|-------------------|--------------------|
| Personalrat | Rudolf-Georg Beeth |
| Protokollführung: | Klaus August |
- c) Seniorenbeirat
- Karin Am Wege
- d) als Gäste:
- Bürgerinnen und Bürger, Presse

Bürgermeister Herr Haaks eröffnet die Sitzung um 18:34 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Alle anwesenden Stadtvertreter(innen) sind mit der Übertragung der Sitzung durch Radio Bad Segeberg einverstanden.

Herr Stadtvertreter Lichte beantragt, den TOP 5 „Reinigungsplan der Stadt“ abzusetzen und zunächst im Fachausschuss zu behandeln, da der Antrag der CDU-Fraktion erst am 06.09.2007 eingegangen sei. Herr Stadtvertreter Winter erwidert, dass der Schriftsatz vom 06.09.2007 nur eine Ergänzung gewesen sei, der Antrag datiere bereits vom 24.08.2007.

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	9
	Nein-Stimmen	16
	Stimmenthaltungen	0

Damit ist der SPD-Antrag abgelehnt.

Die vorgesehene Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	25
	Nein-Stimmen	0
	Stimmenthaltungen	0

TOP 1: Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.06.2007

Herr Karlins übergibt 2 Schriftsätze, die als Anlage zu TOP 11 der Niederschrift vom 19.06.2007 beigefügt werden sollen.

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtvertretung am 19.06.2007 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	25
	Nein-Stimmen	0
	Stimmenthaltungen	0

TOP 2: Mitteilungen

2.1 des Bürgermeisters:

(s. Anlage)

Um 18:43 Uhr erscheint Herr Stadtvertreter Roth.

2.2 des Bürgermeisters

Bürgermeister Hampel berichtet über folgende Angelegenheiten:

- a) Genehmigung der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2007 durch den Landrat des Kreises Segeberg
- b) Das Gemeindeprüfungsamt des Kreises Segeberg hat die Grundlagen für die Gewährung einer Fehlbetragszuweisung nach § 16 FAG für das Haushaltsjahr 2006 ermittelt.
- c) Sachstandsbericht JAW
(siehe auch Pressemitteilung)

TOP 3: Fragestunde

3.1 öffentliche Fragestunde

- a) Frau Bonin fragt, ob der städtische Zuschuss für Radio Bad Segeberg gesichert sei bzw. erhöht werden kann.
Bürgermeister Hampel geht von einer Bezuschussung in bisheriger Höhe aus, verweist aber auf die Haushaltsberatungen. Für eine etwaige Erhöhung müsste von Radio Bad Segeberg ein Antrag gestellt werden.
- b) Herr Heitmann weist auf das Fehlen geeigneter Behinderten-Toiletten im Stadtgebiet hin. Bürgermeister Hampel berichtet über die diesbezüglichen Planungen der Stadt.
- c) Herr Janssen fragt folgendes: Laut Prüfbohrungen der Stadt Bad Segeberg vom 08. Oktober 2004 zur Feststellung des Straßenkörperaufbaus aus dem Jahr 1972 wurde festgestellt, dass der Aufbau des Straßenkörpers in der Großen Seestraße nicht einmal der niedrigsten Bauklasse 6 (VI) der Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaues von Verkehrsflächen – R St 0 01 entspricht.
Frage: Wann wird die Stadt Bad Segeberg Schilder aufstellen, dass Fahrzeuge ab 7,5 t Gesamtgewicht die Straße nicht mehr befahren dürfen, damit eine weitere Zerstörung der Fahrbahn nicht stattfindet?
Bürgermeister Hampel sagt Prüfung und schriftliche Beantwortung zu.
- d) Herr Martins fragt nach etwaiger Anbringung von Lampen im Winklersgang Richtung Seepromenade.
Bürgermeister Hampel sagt Prüfung und Benachrichtigung von Herrn Martins zu.
- e) Frau Bonin stellt eine Frage zu Konzept der Abgabe von Lebensmitteln an Schüler(innen) des Schulzentrums.
Bürgermeister Hampel sagt Prüfung und Benachrichtigung von Frau Bonin zu.

3.2 Anfragen der Stadtvertreterinnen bzw. der Stadtvertreter (§ 9 GeschO)

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 4: Wahl der Beisitzer/innen des Gemeindewahlausschusses für die Kommunalwahl am 25. Mai 2008

Die Stadtvertretung wählt folgende acht Beisitzer(innen) und deren acht Stellvertreter(innen) in den Gemeindewahlausschuss für die Kommunalwahl am 25.05.2008:

	Beisitzer/in	Stellvertreter/in
1.	Volker Stender	Ines Reher
2.	Brunhilde Kelch	Jörg Soltau
3.	Uwe Jansen	Horst Hagemann
4.	Hauke Marxen	Hermann Bauer
5.	Otto Marquardt	Margitta Kebeck
6.	Wilhelm Sponholz	Maren Marquardt
7.	Rolf Schilling	Margret Bonin
8.	Bärbl Janssen	Kurt Altherr

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	26
Nein-Stimmen	0
Stimmenthaltungen	0

TOP 5: Reinigungsplan der Stadt

Antrag CDU-Fraktion

Der Antrag der CDU-Fraktion in der Fassung des Ergänzungsantrags vom 06.09.2007 wird ausführlich diskutiert. Im Rahmen der Diskussion nimmt Herr Beeth als Personalratsvorsitzender zu der möglicherweise beabsichtigten Beschäftigung von 1-€-Kräften Stellung und verweist auch auf andere mögliche Formen der Beschäftigtenförderung.

Auf Antrag von Herrn Stadtvertreter Karlins wird der CDU-Antrag um den Satz „Zusätzlich ist zu prüfen, wie Müll verhindert werden kann (Unratvermeidungsplan).“ erweitert.

Herr Stadtvertreter Lichte beantragt für die SPD-Fraktion „Der Antrag der CDU-Fraktion wird zunächst an den Ausschuss für Bauen und Umwelt verwiesen.“

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	9
Nein-Stimmen	17
Stimmenthaltungen	0

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Stadtvertreter Karlins stellt folgenden Antrag:
„In dem CDU-Antrag sind die Worte „gem. § 16 Abs. 3 SGB II“ zu streichen.“

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	9
Nein-Stimmen	17
Stimmenthaltungen	0

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Sodann beschließt die Stadtvertretung wie folgt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Reinigungsplan der Stadt vorzulegen. Ein besonderer Schwerpunkt ist dabei auf die Sauberkeit von öffentlichen Plätzen wie z.B. ZOB, Marktplatz, Parkplatz Gieschenhagen zu legen.

Für diese Zielsetzung sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- Berücksichtigung der o.a. besonderen Schwerpunkte in die Arbeits- bzw. Aufgabenpläne des städtischen Bauhofes.
- Start einer Beschäftigungsoffensive für Dauerarbeitslose, in dem Arbeitsgelegenheiten im Bereich des Bauhofes gem. § 16 Abs. 3 SGB II geschaffen werden.
- Soweit die Maßnahmen zu 1. und 2. den mit dem Beschluss verfolgten Zweck nicht erreichen, sind etwaige Mehraufwendungen für Sach- und Personalkosten darzulegen.

Zusätzlich ist zu prüfen, wie Müll verhindert werden kann (Unratvermeidungsplan).

Der Reinigungsplan ist nach Erstellung in den Ausschüssen Bauen und Umwelt sowie dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss zur Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	17
Nein-Stimmen	9
Stimmenthaltungen	0

Herr Bürgermeister Hampel erklärt, dass die Verwaltung im Zuge der Abarbeitung des Auftrags auch alle anderen Finanzierungsmöglichkeiten prüfen wird.

TOP 6: Antrag auf Einrichtung von Tagespflegeplätzen von älteren Menschen der Stadt Bad Segeberg

Antrag Bündnis 90/Die Grünen

Die Stadtvertretung beschließt wie folgt:

Die Verwaltung wird gebeten, den zukünftigen Bedarf an Tagespflegeplätzen zu beobachten und rechtzeitig konzeptionelle Vorschläge zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	26
Nein-Stimmen	0
Stimmenthaltungen	0

TOP 7: Krähenplünderung von Papierkörben

Antrag SPD-Fraktion

Die Stadtvertretung beschließt wie folgt:

Die Verwaltung wird beauftragt, der Politik alternative Möglichkeiten aufzuzeigen, wie das Problem der Krähenplünderung von Papierkörben im Innenstadtbereich verhindert werden kann.

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	26
	Nein-Stimmen	0
	Stimmenthaltungen	0

TOP 8: Stadtbus

Antrag SPD-Fraktion

Der Stadtbus fährt auch samstags wieder im ½-Stunden-Takt.

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	7
	Nein-Stimmen	19
	Stimmenthaltungen	0

Damit ist der SPD-Antrag abgelehnt.

Antrag CDU-Fraktion

Die Stadtvertretung beschließt zum Sonnabendverkehr im Stadtbus folgende Punkte:

1. Beibehaltung der jetzigen Taktung.
2. die Überprüfung der Einführung des AST in folgenden Varianten:
 Variante A: als Ergänzung ganztägig
 Variante B: ab 14:30 Uhr stündlich

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	19
	Nein-Stimmen	7
	Stimmenthaltungen	0

TOP 9: Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Bauen und Umwelt vom 29. August 2007

9.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 83 (Einzelhandelsansiedlung) für das Gebiet westlich der Ziegelstraße, südlich der Dorfstraße, nördlich der Keltlingstraße und östlich der Bebauung Wischhof - erneuter Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

Frau Langenthal gibt den neuen Sachstand bekannt.

Die Stadtvertretung beschließt wie folgt:

1. Der Entwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 83 für das Gebiet westlich der Ziegelstraße, südlich der Dorfstraße, nördlich der Keltlingstraße und östlich der Bebauung Wischhof (Einzelhandelsansiedlung) und die Begründung dazu werden mit folgenden Änderungen gebilligt:

- Baufeld 1: Festsetzung mehrerer Einzelhandelsbetriebe mit einer max. Verkaufsfläche von insgesamt 1.000 m² (vgl. Text Teil B, 1a).
- Baufeld 2: Die Festsetzung bleibt unverändert.
- Baufeld 3: Festsetzung „Garage/Lager“ mit max. 700 m² Grundfläche (vgl. Text Teil B, 1c).

2. Der Entwurf des Planes und der Begründung sind nach § 3 (2) BauGB erneut öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange von der Auslegung zu benachrichtigen.

3. Bei der erneuten Auslegung können gem. § 4a (3) BauGB Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzenden Teilen abgegeben werden. Die Dauer der Auslegung und die Frist der Stellungnahme wird gem. § 4a (3) BauGB auf zwei Wochen verkürzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	21
Nein-Stimmen	0
Stimmenthaltungen	0

gesetzl. Anzahl 27
davon anwesend 21

Herr Cochanski, Frau Altner, Herr Schmidt, Herr Weckwerth und Herr Roth waren bei der Behandlung und Abstimmung nicht anwesend.

9.2 Bebauungsplan Nr. 70 für das Gebiet nordwestlich der B206, zwischen der K102 und der Bahnlinie Neumünster – Bad Oldesloe (Ansiedlung eines Bau- und Gartenmarktes) - erneuter Satzungsbeschluss

Die Stadtvertretung beschließt wie folgt:

1. Der Satzungsbeschluss vom 19. Juni 2007 zum Bebauungsplan Nr. 70 für das Gebiet nordwestlich der B206, zwischen der K102 und der Bahnlinie Neumünster – Bad Oldesloe (Ansiedlung eines Bau- und Gartenmarktes) und die Begründung dazu werden aufgehoben.
2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches beschließt die Stadtvertretung den Entwurf des modifizierten Bebauungsplanes Nr. 70 für das Gebiet „nordwestlich der B206, zwischen der K102 und der Bahnlinie Neumünster – Bad Oldesloe (Ansiedlung eines Bau- und Gartenmarktes)“ bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung.
3. Die Begründung wird gebilligt.
4. Der Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 70 durch die Stadtvertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	26
Nein-Stimmen	0
Stimmenthaltungen	0

gesetzl. Anzahl 27
davon anwesend 26

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtvertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

**9.3 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 für das Gebiet südlich der Lübecker Straße, östlich der Kleinen Seestraße sowie westlich der angrenzenden Bebauung Lübecker Straße 19 – 21
- Aufstellungsbeschluss gem. § 13a BauGB (beschleunigtes Verfahren)
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**

Die Stadtvertretung beschließt wie folgt:

1. Der Bebauungsplan Nr. 67 für das Gebiet südlich der Lübecker Straße, östlich der Kleinen Seestraße sowie westlich der angrenzenden Bebauung Lübecker Straße 19 – 21 soll im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß § 13a (3) BauGB wie folgt geändert werden: Festsetzung der bisherigen Mischgebietsnutzung als „Flächen für den Gemeinbedarf / Öffentliche Verwaltung“.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).
3. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung wird nach § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB abgesehen.
4. Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 67 für das Gebiet südlich der Lübecker Straße, östlich der Kleinen Seestraße sowie westlich der angrenzenden Bebauung Lübecker Straße 19 – 21 und die Begründung dazu werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
5. Der Entwurf des Planes und der Begründung dazu sind gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange von der Auslegung zu benachrichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	26
Nein-Stimmen	0
Stimmenthaltungen	0

gesetzl. Anzahl 27
davon anwesend 26

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtvertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

9.4 1. (vereinfachte) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 78 für das Gebiet östlich der Eutiner Straße, nördlich der Marienstraße, südlich der Kleingartenanlage und westlich der Evangelischen Akademie und der Sportplätze (Teilbereich A) - Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

Die Stadtvertretung beschließt wie folgt:

1. Der Entwurf der 1. (vereinfachten) Änderung der Bebauungsplanes Nr. 78 (Textliche Festsetzung) für das Gebiet östlich der Eutiner Straße, nördlich der Marienstraße, südlich der Kleingartenanlage und westlich der Evangelischen Akademie und der Sportplätze (Teilbereich A) sowie die Begründung dazu werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
2. Der Entwurf der 1. (vereinfachten) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 78 (Textliche Festsetzung) sowie die Begründung dazu sind gem. § 13 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (verkürzte Auslegung) und die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange von der Auslegung zu benachrichtigen.
3. Von der frühzeitigen Beteiligung und Erörterung wird nach § 13 Abs. 2 Satz 1 BauGB abgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	26
Nein-Stimmen	0
Stimmenthaltungen	0

gesetzl. Anzahl 27
davon anwesend 26

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Stadtvertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Anmerkung des Protokollführers

Zur Anfrage von Herrn Karlins zu den durch die Änderung des B-Plans 78 hervorgerufenen Kosten und geleisteten Stunden in der Verwaltung: Kosten für die Rechtsanwältin bisher 4.500,- €, Stunden in der Verwaltung bis zur Rechtswirksamkeit: ca. 75

**9.5 Entwurf der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet Großer Segeberger See
Überarbeitung der Schutzgebietsverordnung vom 10.11.1966**

Die Stadtvertretung beschließt wie folgt:

Änderungsvorschläge werden seitens der Stadt Bad Segeberg nicht vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	26
Nein-Stimmen	0
Stimmenthaltungen	0

TOP 10: Beschlussempfehlungen

**des Ausschusses für Jugend, Senioren und Soziales vom 27. August 2007
des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses vom 30. August 2007**

10.1 Antrag auf Gewährung eines Zuschusses für das Sozial(kauf)haus

Die SPD-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Die Stadt Bad Segeberg gewährt dem Kreis Segeberg bzw. der BQS einen Zuschuss für die Miete für das „Sozialhaus“ in Höhe von 1.000 € pro Monat.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	7
Nein-Stimmen	19
Stimmenthaltungen	0

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Die Stadtvertretung beschließt wie folgt:

Dem Kreis (der BQS) wird ein Zuschuss für die Miete der Segeberger Tafel in Höhe von 500,- €/mtl. gewährt. Voraussetzung für die Zahlung ist, dass langfristige Mietverträge geschlossen werden und der Zuschuss an die tatsächliche Nutzung einer von der Segeberger Tafel gewünschten angemessenen Fläche durch die Segeberger Tafel, gebunden ist.

Es wird empfohlen, weitere Zuschüsse (z.B. beim Amt Trave-Land, der Stadt Wahlstedt) einzuwerben. Wenn die weitere Nutzung, Unterhaltung und Finanzierung vom Träger geklärt ist, kann über weitere Unterstützung beraten werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	19
Nein-Stimmen	7
Stimmenthaltungen	0

TOP 11: Berichtsvorlagen des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur vom 28. August 2007**11.1 Neues Schulgesetz**

hier: Bericht über den Planungsstand der Arbeitsgruppe

Die Berichtsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 12: Berichtsvorlagen des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses vom 30. August 2007**12.1 Finanzbericht Nr. II / 2007**

Die Berichtsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

12.2 Postversand Rathaus

Die Berichtsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

12.3 Stadtbus

Die Berichtsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

12.4 Veräußerung städtischer Liegenschaften

Die Berichtsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 13: Fragen der Stadtvertreterinnen bzw. der Stadtvertreter an den Bürgermeister:

Es werden keine Fragen gestellt.

Bürgervorsteher Haaks schließt die Sitzung der Stadtvertretung um 21:22 Uhr.

Bürgervorsteher

Protokollführer